

Der Arbeiter



Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle - Bezirk Merseburg

Das „Der Arbeiter“ erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der gemeinsamen und gesamtdeutschen Organisationen und amtlichen Organ örtlicher Behörden. Schriftleitung: Dr. Märkerstraße 6. Fernsprech-Nr. 24605, 24607, 26606. Persönliche Kommunikation mittags von 9 bis 14 Uhr. - Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,30 RM. Bezahlungsbeholdung, insoweit 2,10 RM. für Abholer monatlich 0,45 RM. Wohnbezugspreis 2,10 RM. durch Banküberweisung zu 2,50 RM. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. - Einzelpreis 15 Pf. im Umkreis- und 80 Pf. im Restgebiet der Weimarer. Druckereischäftsstelle: Dr. Märkerstraße 6. Fernruf 24605, 24607, 26606. Postfachkonto 2319 Berlin.

Die deutschnationalen Barone wollen „Notstandsrecht des Staates“

Schleicher - Bell - Frick

Neues Spiel mit Verfassungsbruch! / Mit der Dapen-Katastrophe nicht genug?

Am Montag fand zwischen dem Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker und dem Reichskanzler Dr. Brüning ein Gespräch über die politische Lage statt. Die Unterredung, in der insbesondere die Frage der Bildung einer parlamentarischen Regierung erörtert wurde, ist ergebnislos verlaufen. Auch die Besprechungen, die in den letzten Tagen zwischen Nationalsozialisten und den „reinen Deutschen“ im Augenblick stattfanden, haben bisher hinsichtlich der Wiederbelebung der Dapenburger Front ein greifbares Ergebnis nicht gehabt. Innerhalb der Reichsregierung ist man unterdessen eifrig dabei, die Möglichkeiten der Verhängung eines „Notstandsrechts des Staates“ zu prüfen und vor allem zu untersuchen, wie eine derartige Proklamation mit verfassungswidrigen Argumenten untermauert werden kann. Die Unterredung, die am Montag

zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler „über die politische Lage“ stattfand, läßt den Schluß zu, daß die deutschnationalen Barone sich grundsätzlich bereits entschlossen haben, das „Staatsnotstandsrecht“ zu proklamieren und den Reichstag ohne Ausschreibung von Neuwahlen aufzulösen. Die Frage ist nur, ob dieser Entschluß nur für den Fall eines Konfliktes mit dem Reichstag oder auch dann durchgeführt werden soll, wenn die Nationalsozialisten verjagt werden, einer Klärung der innerpolitischen Lage durch weitere Beratungen des Reichstages aus dem Wege zu gehen. Die deutschnationalen erziehen die Proklamation des „Staatsnotstandsrechts“ unter allen Umständen. Sie erziehen die Ausschaltung jeder parlamentarischen Kontrolle, um an ihre Stelle die deutschnationalen Notverordnungen zu setzen. So würde dem deutsch-

nationalen Klientelwesen, wie wir es jetzt bereits seit Monaten in Preußen unter dem Protektorat Hindenburgs erleben, auch im Reich die Tür und Tor geöffnet. Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, daß Schleicher allen Ernstes im Begriff steht, den deutschnationalen Geistes zu folgen und zu entsprechen.

Die Proklamation eines „Staatsnotstandsrechts“ hat in der Verfassung keine Grundlage. Sie ist verfassungswidrig. Wer dennoch seine Hand dazu gibt, treibt Verfassungsbruch. Wie ein derartiges Spiel beginnt, mögen seine Urheber vielleicht wissen, aber nicht wissen können. Wir warnen deshalb nochmals vor einem Plan, der Deutschland in ein ungeheures Unglück stürzen kann!

SPD-Taktik

und braune Provokation

Die „Weltrevolutionäre“ mit „reformistischem“ Ruf: „Läßt euch nicht provozieren!“

Zur braunen Provokation am Sonntag vor dem Berliner „Karl-Liebknecht-Haus“ ist nur noch die Taktik der SPD-Zentrale näher zu beleuchten:

Was ist die Sozialdemokratie? Sie warnte die Inhaber der Staatsgewalt vor dem von ihnen erlaubten freiespielen Spiel, verlangte das Verbot der Naziorganisation am Karl-Liebknecht-Haus und wies die sozialdemokratischen Arbeiter an, sich von Hitler nicht provozieren zu lassen und ihm dadurch das Konzept des so fern eingeschalteten Planes zu verwerfen. „Verrot, Verrot“ für die SPD, von morgens bis abends. Das ganze Alpbabel von den „Sozialdemokratischen Soldaten des Kapitals“ bis zu den „Betrügern in der Lindenstraße“, dem Sitz des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, wurde in der kommunistischen Presse abgeleitet und es wurde wieder einmal erzählt, wie die Weis und Leipziger mit Schleicher verhandeln. In Ballenstedt habe es am 20. Juli herhalten, jener „Tag des Betrugs und Betrug“, an dem die SPD, als sie mit Protesten begünstigt hätte, halt den Generalstreik zu proklamieren und die Arbeiter gegen die Reichsregierung des Herrn Schleicher zu führen! „Mittel heißt, die SPD-Arbeiter“, heißt es in der „Roten Fahne“, „und nicht die Weis und Leipziger ihrer Politik des 20. Juli hundertprozentig treugeblieben? Muß nicht diese Politik den fortschrittlichen Klassenfeld zu immer neuen Vorkäufen ermuntern? Sie erhalten von der fortschrittlichen Reaktion einen Zutritt nach dem anderen; aber das heißt sie nicht davon ab, immer erneut Beträge zu den Bewusstlosen der fortschrittlichen Diktatur zu unternehmen. Das ist die Fortsetzung des Kapitalisationspolitik des 20. Juli!“

So steht es im kommunistischen Zentralorgan am Tage der Hitler-Propaganda. Und was erkläre wir am Abend? Nicht nur, daß die sozialdemokratische Taktik richtig war und der Oberkampf nicht seiner Blößen halber getrickelt und gelächelt nach Hause kamen, sondern: durch ein Polizeiausgebot von zehntausend Mann. Wir erfahren aber auch, daß die SPD keine andere Taktik eingeschlagen hätte, als die Sozialdemokratie jetzt und am 20. Juli empfohlen hätte. Zwei Tage vor dem Sonntagartikel der „Roten Fahne“ und der Proklamation der Zentrale waren in deren Auftrag ihre Mitstreiter und Kämpfer, zu Schleicher gegangen.

Zwei Tage vor dem 22. Januar hatten Torgler und Kasper im Auftrag der SPD mit Schleicher die kommunistische Taktik des 22. Januar besprochen und ausgehandelt, und am Abend dieses Sonntag, nach Hitlers Niederlage, ganz Mitglieder der kommunistischen Parteizentrale, die diesem Zweck eingeladenen bürgerlichen Presse einen Empfang. Bei dieser Pressebesprechung ließ die SPD-Zentrale den bürgerlichen Journalisten den Verlauf des Tages schildern und einfügen; daß es zu keinen ernsthaften Zwischenfällen gekommen und kein Aufruf der Straßen Berlin gestört habe, weil die SPD ihre Mitglieder und Wähler angewiesen hätte, sich ruhig zu verhalten und nicht provozieren zu lassen.

Zusammenstöße in Chemnitz

In Chemnitz und Umgebung kam es in den letzten Tagen wiederholt zu blutigen Zusammenstößen, die reiflos von SA-Leuten provoziert worden waren. In allen Fällen gab es zahlreiche Schwere- und Leichtverletzte. Unter den Schwerverletzten befinden sich Reichsbannerleute, Kommunisten und Nationalsozialisten.

Für die Geschlossenheit der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften

Kampf um die Betriebsräte!

Für das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben! / Wählt nur freigewerkschaftliche Listen!

Die freien Gewerkschaften veröffentlichen einen Aufruf zu den Betriebsräte-Wahlen 1933, dem die Arbeiterräte und Angestelltenbelegten der Betriebsratskonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes sowie die Bundesverbände und die angeschlossenen Verbände des ADGB, und des AFDL-Bundes einmütig zustimmen haben:

Am dem Aufruf heißt es besonders: „Der Kampf der Kommunisten und Nationalsozialisten in den Betrieben richtet sich gegen die

Gewerkschaften und damit gegen die Interessen der Arbeiterschaft. Nur starke Gewerkschaften können die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen. Nur aus dem Erfolg der Arbeitlicher Gewerkschaften empfangen die Betriebsräte ihre Aufgaben und die Grundlage für deren Durchführung. Es gilt daher die Betriebsratswahlen 1933 durchzuführen unter der Parole der

für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, gegen jede parteipolitische Zersplitterung.

Die Gewerkschaften sind ununterbrochen bemüht, durch Vertretung der Arbeitszeit, durch wirkliche Arbeitsbeschaffung, durch die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne die Vermehrung der Arbeitsplätze und dadurch die Befestigung der Arbeitslosigkeit

und die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse zu erreichen. An entscheidendem Kampf ist es den Gewerkschaften gelungen, die Tarifkammerungs-Verordnung vom 5. September 1932 wieder zu beseitigen. Der Anfang zur Durchsetzung des nächsten Zieles der Gewerkschaften, alle Arbeiter und Angestellten wieder in Arbeit zu bringen, ist gemacht. Das meiste bleibt noch zu tun übrig. Aber dieses nächste Ziel ist nur durch die

vollkommene Geschlossenheit der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften zu erreichen. Ohne starke und kampftätige Gewerkschaften ist die Arbeiterklasse ein wehrloser Spielball in der Hand ihrer Gegner.“

Der zweite Reichsbetriebsrätekongress

Über 400 Betriebsräte aus dem Reich waren gestern im Berliner Gewerkschaftshaus versammelt, um Stellung zu nehmen zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen. Im Namen des ADGB, und des AFDL-Bundes begrüßte Genosse Reipart diesen

Betriebsrätekongress entgegengebracht wird, können die Gewerkschaften aber ihre Forderungen nicht vermitteln. Die Wähler müssen auch aktive Gewerkschaftsmitglieder werden. Die Betriebsräte wählten 1933 wieder unter der Parole der

Einigung der Arbeiter in den Gewerkschaften. Jede parteipolitische Einflussnahme auf die Betriebsratswahlen haben die Gewerkschaftsmitglieder und die Belegschaften zurückzuweisen. Ebenso entschieden haben sie aber auch für die Forderungen der Gewerkschaften auf Einführung der Vierstundentage, Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und Erhöhung der Kaufkraft einzutreten. Unter diesem Zeichen müssen die Betriebsratswahlen 1933 stehen.

In zwei weiteren instruktiven Referaten wurde von der Genossin Gertrud Hanna die Notwendigkeit der Mitarbeit der Arbeiterinnen in den Betriebsvertretungen aufgezeigt und vom Genossen Köhlig die Rechtssprechung zum Betriebsratsgesetz. Auf die Vertrauensfrage, die Genosse

Reipart in seiner Eröffnungsansprache an die Betriebsräte gerichtet hatte, erfolgte in der Diskussion von sämtlichen Rednern eine klare Antwort. Alle erklärten, daß sie die Herbstkampagne, die von der kommunistischen Presse in den letzten Monaten mit besonderem Eifer gegen die Führer der freien Gewerkschaften betrieben worden sei, aufmerksam beobachtet hätten. In welcher Form aber auch die Meldungen der mostauhörigen Presse darüber erschienen sind, daß der Bundesvorstand des ADGB, insgesam mit dem Reichsbannerpattiere und ihm die Mitglieder der freien Gewerkschaften ausliefern wolle, nirgends sind diese Zweifeln von den freigewerkschaftlichen Betriebsräten und den geschulten Gewerkschaftsmitgliedern auch nur eine Minute lang gedeutet worden.

Das Vertrauen zur Führung ist bei den Funktionären und Mitgliedern der freien Gewerkschaften tief verwurzelt.

Dem die Gewerkschaftsführer haben niemals das Vertrauen ihrer Anhänger so schamlos mißbraucht, wie die Führer der rechts- und linksradikalen gewerkschaftsfeindlichen Bewegungen.

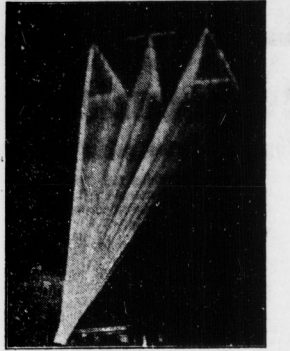
2. Reichsbetriebsrätekongress

Er setzte sich in seiner Eröffnungsrede mit den Vorwürfen auseinander, die in den letzten Monaten gegen die Gewerkschaftsführer, ganz besonders aber gegen den Vorstand des ADGB, erhoben worden sind. Die Betriebsräte, denen diese gemeinen Verhöhnungen aus der kommunistischen Presse hinsichtlich bekannt sind, sollen in der Diskussion offen erklären, ob sie zur Führung ihrer Spitzenorganisationen Vertrauen haben oder nicht.

Das Hauptreferat hielt Genosse Köhlig, der die Aufgaben der Betriebsräte und die Bedeutung der diesjährigen Betriebsratswahlen klar herausstellte. Mit dem Vertrauen allein, das ihnen bei den

Platiffaule Himmel

Der 'Himmelschreiber' ist abgehängt, die Platte ist durch eine neue Attraktion ersetzt worden.



Eine sogenannte 'Platiffaule' aufgestellt in der Hofmannstraße, beschriftete diese Himmelspiegelung. Die Hauptarbeit leistet ein großer Scheinwerfer...

Für den Ausbau der Landhölle

Im Mittelpunkt der Januarfassung des Neuen Preussischen Abgeordneten Tages-Anzeigers stand der Bericht des Reichstages...

Annette soll nur für Nazis sein

Die Nazis können es immer noch nicht verhindern, daß ihnen die Sprengung der Soebve-Verammlung im Juli des vorigen Jahres so wütend ist...

Spezialfür für Geschäftsbetriebe dingelt

Die in der Nacht zum 14. Januar ausgeführten Einbrüche in Geschäften in der Großen Wirtshaus wurden hoch aufgeführt...

Der Reichsmittelrat für die Arbeiter kommunal und andere öffentlichen Betriebe

Wahlen in der Industrie und Handelkammer. Die Industrie- und Handelkammer hält am kommenden Mittwoch eine öffentliche Versammlung ab...

Über den Übergang nach Mittel- und höheren Schulen

Schulen Ostern 1933 gibt die Befristung der Schulverwaltung in heutiger Angelegenheit näheren Aufschluß...

Was die Leser sagen

Briefe an das Volksblatt

Ragitheater vor Schülern

Dem Rationalsozialistischen Schülerbund vor demnach ist die 'Ragitheater' des Hauslehrers der Nazis und Geschäftsführers des Hauses...

Erwerblosse werden geprellt

Mein Kassenbestand ist so schwach wie der aller anderen bei langem Erwerblossein...

Arbeitslos, Arbeitsamt und Wohnungsmiete

In der Mietkasselle für Angestellte beim Arbeitsamt in Halle hängt zur Zeit ein Kuchengeld...

Wunder Märchen - Herr Märchen - Karl Märchen

Wunder Märchen - Herr Märchen - Karl Märchen - Binneberg gerät in die Märchenwelt...

Braunhölzbergbau im Dezember

Am 6. Die des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau betrug im Monat Dezember die Rohförderung...

Neue Beschlüsse, Gummi mit Roden, Gummischiffe, Einlegeisen, Kontraktieren und -Rissen. - Spezialabteilung Gummi-Bieber, Halle a. d. S. Große Steinstraße und Brüderstraße.

Kleiner Mann was nun?

Roman von Hans Fallada. Copyright 1932 by Rowohlt Verlag GmbH. Berlin.

(Radstreck verboten.) Die im Wartezimmer reden. Wenn wird die Zeit auch lang. Cursi Ziegenhild ist hier. Cursi Ziegenhild...

'Möglich? Möglich ist alles!' 'Wo vielleicht kommt morgen schon die Regel. Denn heute ist dem aber ein Brief...' 'Ich möchte gleich...' 'Ach ja, sagt der Arzt, schon in der Tat, und steht die beiden noch einmal an...

Mutter Märchen - Herr Märchen - Karl Märchen - Binneberg gerät in die Märchenwelt. Märchenwörterbuch...

Merseburg

(Donnerstag: Leipzig Nr. 222.)

Zur Jugendwoche

Die Jugendwochen findet nun voranschreitend am Sonntag, den 23. März, statt. Die erste vorberichtigte Stunde findet am Sonntag, den 20. Januar, 10 Uhr, im 'Jugend Christen' statt.

Theaterverein Merseburg

Wie aus einem Inserat in dieser Nummer ersichtlich, bringt der Theaterverein am Sonntag, dem 30. Januar, abends 8 Uhr, das Stück 'Alle Wege führen zur Liebe' von Büchtemann.

Kreis Querfurt

Bestrafung 'Räufelstrolche'

Der Kreisgerichtspräsident H. C. O. aus Querfurt hat sich durch einen Familienrat von neun Kindern eine Sans entzogen zu haben. Der Angeklagte gab zur Entschuldigung an, daß er die Wärme der Schwaben bewahren wollte.

Das Gericht bewies die Angaben des Angeklagten, da er schon wiederholt vorbestraft ist, und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 Mark.

Zwei Freiläufe

Im vergangenen Jahre wurde der Kleinbauern Böbling aus Jiegelroda vom elektrischen Strom getrieben. Der Unfall soll infolge eines technischen Fehlers erfolgt sein.

Burcharders Tod eines Kindes

Burcharders Frau Meyer hat sich ein schweres Unheil zu. Die Kinder hatten sich an den Tisch gesetzt, um sich zu wärmen, wobei gerieten die Kinder eines schätzlichen Mädchens in Brand.

Jaalkreis

Großfeuer

Beimst. Comhaderabend wurden die Etalungen und die große Scheune des Landwirts und Gutsbesitzers R. O. durch ein Großfeuer eingeeffnet. Das Feuer nahm in kurzer Zeit einen so gefährlichen Umfang an, daß die anstehenden Gebäude überflammt wurden.

Kreis Dessau

Eilenburg

Ungezwängt vorwärts!

In der Generalversammlung des SPD-Ortsvereins Eilenburg berichtete der Vorsitzende G. R. n. i. g. über die Arbeit im vergangenen Jahre. 12 öffentliche Versammlungen, Demonstrationen, 140 000 verteilte Flugblätter sind nur der Rahmen der gewaltigen Arbeit der rastlosen Funktionäre und Mitglieder.

Stadtverordnetenversammlung in Merseburg

Sieben neue Lehrerstellen beschlossen

Die Nazi-'Arbeiterpartei' haben für die Volksschule nichts erhält fähliche Räume / Was hat der Magistrat

Merseburg, den 24. Januar.

In der gestrigen ersten Stadtverordnetenversammlung dieses Jahres ging es gleich wieder sehr lebhaft zu. Die Sitzung begann mit dem Vortrag des Vorsitzenden über den Bericht der Kommission über die Arbeit der SPD-Fraktion.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Verleihung neuer Lehrstellen. Von der Mittelschule und an der Volksschule, sowie der Mittelschule in der Dieritzstraße.

Gemeindevertretung in Seuna

Die Finanzordnung abgelehnt

Ein 'nationaler' Mann am Pranger — Spekulationswucher in höchster Potenz — Scharfe Stellungnahme gegen die Märg

Seuna, den 24. Januar.

Gleich zu Beginn der gestrigen Sitzung unterwarf die sozialdemokratische Fraktion einen energiegelassen Vortrag über die Finanzordnung der Gemeinde und der Gemeindevorstände. (Gemeindebesatzungsordnung).

Man bemerkte, für 100 Goldmark hat Steuern das Grundverdienst der Gemeinde erstanden.

In der Rückschau wurde der Kritik an den Maßnahmen des Oberbürgermeisters gewidmet, die sich auf eine überhöhte Bürgersteuer und Staatsfugungen erstrecken.

übrig / Das Kulturkartell zu verheimlichen?

Der Stadtrat Trumpler aber scheint der Ansicht zu sein, daß die Eltern Kinder an Merseburg verschwinden — er glaubt an eine Abwanderung von Einwohnern wegen der schlechten Aussicht, hier wieder Arbeit zu bekommen.

Es folgte dann noch die Behandlung der vom Magistrat beantragten Stadtmitgliedsänderungen, und zwar soll auf dem Gelände zwischen Cederstraße, Kaufhäuser Eilenburg und Fischweg neue Gebäude für weitere Stadtanhebungen aufgeschlossen werden.

Ein abliger Oberpräsident

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist der Regierungspräsident von Hannover, von Welsen, vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzial-Ausschusses zum Bezirkspräsidenten der Provinz Sachsen in Anhalt ernannt.

Steuerpolitik in Nazi-Anhalt

900 Prozent Bürgersteuer diktiert Das nationalsozialistisch geleitete Staatsministerium in Anhalt hat angeordnet, daß 1933 generell 900 Prozent Zuschlag vom Bundeshaushalt der Bürgersteuer erhoben werden müssen.

Berichtigung der Anlagen im Waldd

auf die Dauer von 2 Monaten 15 Arbeitsfreiwiliger einzulassen, ferner 30 Privatarbeiter bei Verfügung auf die Dauer von 40 Tagen damit zu beschäftigen.

Berücksichtigung der Beschlüsse der

Beratung einer zweiten Wasserhaushaltung vom Wasserwerk der Stadt Merseburg bis zum Kanalen der Elbe. Das ist jetzt in der Überlegung des Magistrats.

Der Mensch freut sich

Kommunistischer 'Vormarsch' im Schreden-tempo Zwar nicht in großen Setzern auf der ersten Seite, aber doch unter der fetten Ueberdrift 'Vormarsch in Eilenburg' berichtet der 'Klassenkampf' getrieben über die Wahl der Ortskomitee.

Schädelbruch Rebes Todesurfrage

Die Beide des von einem Nazistoff ermorberten Arbeiters Rebe aus Wesseln wies, wie wir nachträglich erfahren, einen Schädelbruch auf. Der Mörder muß demnach mit einem schweren Gegenstand in den völlig ungeschützten Menschen eingeschlagen haben.



